



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Martin Schöffel, Josef Zellmeier, Tanja Schorer-Dremel, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alfons Brandl, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** CSU

### **Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung beibehalten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert; sich weiterhin auf Bundesebene für die Beibehaltung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in der gleichen Höhe wie bisher einzusetzen. Die Bundesregierung hat im Bundeshaushalt 2022 eine Kürzung der Bundesmittel um 45 Prozent vorgesehen.

### **Begründung:**

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat in seinem Haushaltsentwurf eine Kürzung der Bundesmittel zur Senkung der Unfallversicherungsbeiträge um fast 77 Mio. Euro vorgesehen. Die Unterstützung des Bundes ist ein wichtiges Mittel, um die Landwirtschaft in Zeiten schwieriger Markt- und Einkommensverhältnisse zu unterstützen. Gerade vor dem aktuellen Hintergrund muss die bayerische Landwirtschaft große Herausforderungen stemmen und ist in besonderer Weise gefordert, die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen. Gestiegene Preise für Energie, Düngemittel, die Folgen der Coronapandemie sowie höhere Anforderungen an die Tierhaltung verbunden mit einer schwierigen Einkommenssituation belasten die Land- und Forstwirtschaft in einem besonderen Maße. Die Staatsregierung hat sich bereits am 24.03.2022 zur 979. Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates und bei der Frühjahrskonferenz der Agrarministerinnen und -minister für eine Beibehaltung der Bezuschussung ausgesprochen. Beide Male konnten jedoch keine Mehrheiten gefunden werden. Durch die Kürzung der Bundesmittel, die eine starke Beitragserhöhung nach sich zieht, setzt die Bundesregierung falsche Signale an die heimische Landwirtschaft.